

DKFM. FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

II-5892 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Z. 11 0502/227-Pr.2/88

Wien, 24. November 1988

2681 IAB

1988 -11- 25

zu 2661 IJ

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Wabl und Kollegen vom 26. September 1988, Nr. 2661/J, betreffend unerledigte Empfehlungen des RH / (14) BMF TB 1986, beehe ich mich folgendes mitzuteilen:

Zur Empfehlung des Rechnungshofes betreffend den personellen Ausbau der Betriebsprüfung ist einleitend zu bemerken, daß alle Maßnahmen personeller Natur an die durch den Stellenplan gegebenen Grenzen stoßen. Eine Verbesserung der aufgezeigten Situation kann sich daher keinesfalls nur auf eine Erhöhung der Planstellen stützen, sondern muß vor allem durch organisatorische Maßnahmen bewirkt werden.

Der tatsächliche Bedarf an Betriebsprüfern errechnet sich aufgrund der organisatorischen Vorschriften der Finanzverwaltung für das gesamte Bundesgebiet zum 1.1.1988 mit 2.195 Bediensteten der Verwendungsgruppen A und B. Tatsächlich waren zum 1.9.1988 bei allen Betriebsprüfungsabteilungen (Amtsbetriebsprüfung und Großbetriebsprüfung) 1.546 ausgebildete und bestellte Betriebsprüfer tätig. Das entspricht einer Bedarfserfüllung von ca. 70 % und - in absoluten Zahlen - einer Erhöhung

- 2 -

von 350 Betriebsprüfern gegenüber dem Zeitpunkt der Rechnungshofeinschau.

Erschwerend wirkt auch der Umstand, daß die Neuorganisation der Betriebsprüfung mit einem Generationenwechsel in der gesamten Finanzverwaltung zusammengefallen ist. Die dadurch ausgelösten Personalverschiebungen haben nicht nur dazu geführt, daß ein Großteil der Führungskräfte der Betriebsprüfung in den Ruhestand getreten ist, sondern auch leitende Funktionen der Innendienstabteilungen mit Betriebsprüfern besetzt werden mußten.

Auch der Zuwachs an Aufgaben für die Finanzverwaltung, wie der Anstieg der Zahl an Veranlagungsfällen, die Erweiterung der Lohnsteueragenden und der Ausbau einer bürgernahen Verwaltung hat Personal im Innendienst gebunden, sodaß auch eine Lösung durch personelle Umschichtungen nicht ganz unproblematisch ist.

Die Bemühungen, die Betriebsprüfungsabteilungen bis zum vorgesehenen Sollbestand auszubauen, werden selbstverständlich fortgesetzt.